

**V-06** Grüne Eckpunkte für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020

Gremium:	BAG Europa, BAG Globale Entwicklung, BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, BAG Ökologie und BAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	12.05.2017
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

- 1 Wir Grüne stehen für konsequenten Umwelt-, Tier- und Klimaschutz und kämpfen für
- 2 gute
- 3 Qualität der Böden, sauberes Wasser und reine Luft. Wir machen uns stark für den
- 4 Schutz der
- 5 Arten, die auf unserem Planeten leben. Auf diese Grundlage beruht Grüne Agrarpolitik.
- 6 Verbraucher\*innen sind auf gesunde und bezahlbare Nahrungsmittel angewiesen und
- 7 Bäuer\*innen
- 8 in Europa wie in anderen Ländern auch auf faire Bedingungen am Markt. Daher
- 9 brauchen wir
- 10 eine global gerechte Agrarwende hin zu einer ökologischen europäischen
- 11 Landwirtschaft, die
- 12 die Vielfalt der Regionen Europas berücksichtigt. Wir wollen eine konsequente
- 13 Umsetzung der
- 14 17 Ziele der Agenda 2030 der UNO (Sustainable Development Goals). Insbesondere ist
- 15 die
- 16 Umsetzung der Ziele nachhaltige Landwirtschaft, verantwortungsvoller Konsum und
- 17 das Leben
- 18 auf dem Land für eine europäische nachhaltige und faire Landwirtschaft wichtig.
- 19 Wir streiten seit langem dafür, bestehende Spielräume für die Agrarwende im Rahmen
- 20 der
- 21 Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auf mitgliedstaatlicher Ebene
- 22 auszunutzen. Für die GAP nach 2020 fordern wir eine ziel- und leistungsorientierte
- 23 Förderpolitik, die mit Instrumenten des Fachrechts, der Marktordnung und der
- 24 Handelspolitik
- 25 abgestimmt ist. Solch eine Neuausrichtung der GAP muss die gesamte
- 26 Wertschöpfungskette von
- 27 den landwirtschaftlichen Vorstufen über die Produktion, den Handel und die
- 28 Verarbeitung bis
- 29 hin zu den Verbraucher\*innen in den Blick nehmen. Unser agrar- und
- 30 ernährungspolitisches
- 31 Ziel ist es, alle Menschen mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen, die Grenzen
- 32 unseres
- 33 Planeten zu respektieren und dabei regionale Wirtschaftspotentiale hier wie außerhalb
- 34 der EU
- 35 zu entwickeln.
- 36 Europas gemeinsame Agrarpolitik wurde eingeführt, um unter anderem eine stabile
- 37 Versorgung
- 38 mit bezahlbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Seit 2003 werden 70 Prozent der GAP-

23 Subventionen, also rund 40 Milliarden, über die so genannte 1. Säule als pauschale  
24 Flächenprämie an die Betriebe ausgeschüttet. Diese leistungsungebundenen  
Zahlungen belohnen  
25 lediglich Besitz und Größe und verstärken so das „Wachsen oder Weichen“ in der  
26 Landwirtschaft. Durch das sogenannte Greening wurde zwar ein Teil der Zahlungen  
seit 2013 an  
27 Umweltleistungen gekoppelt, die Anforderungen wurden jedoch im Zuge der  
Verhandlungen stark  
28 aufgeweicht. Die anderen 30 Prozent des GAP-Budgets werden als leistungsgebundene  
2. Säule  
29 für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes und für Klima-, Tier-, Arten-  
oder  
30 Naturschutz verwendet. So entspricht die 2. Säule stärker dem Grundsatz „öffentliches  
Geld  
31 für öffentliche Güter“. Diese Gelder müssen im Gegensatz zu den Direktzahlungen der  
1. Säule  
32 durch die Bundesländer kofinanziert werden.

33 Auch nach der GAP-Reform von 2013 gingen der dramatische Strukturwandel hin zu  
immer weniger  
34 und immer größeren Betrieben und das Höfesterben in der bäuerlichen Landwirtschaft  
weiter.  
35 Die Ausrichtung der GAP auf Kostenführerschaft und Export erwies sich als Sackgasse  
für  
36 viele Betriebe. Zudem zeigte sich, dass die Maßnahmen zum Schutz des Klimas, des  
Bodens, der  
37 Gewässer und der Arten bei weitem nicht ausreichen. Denn Billigessen ist nur an der  
Kasse  
38 billig. Die Folgekosten der fortschreitende Intensivierung der Landwirtschaft etwa  
durch  
39 Trinkwasseraufbereitung, Sanierung von Gewässern, Naturschutzmaßnahmen zum  
Ausgleich für die  
40 schwindende Artenvielfalt oder Kosten im Gesundheitssystem, tragen nicht die  
41 Verursacher\*innen sondern die öffentliche Hand. Somit zahlen Steuerzahler\*innen  
dreifach für  
42 Lebensmittel: An der Ladentheke, durch Steuergelder im Rahmen der GAP und durch  
Steuergelder  
43 für die externalisierten Kosten industrieller Landwirtschaft. Viele kleine Betriebe  
hingegen  
44 können im Wettbewerb mit der Agrarindustrie oft nicht mithalten – obwohl sie  
produzieren,  
45 was europäische Verbraucher\*innen zunehmend nachfragen: regional, saisonal oder  
bio.

46 Die gemeinsamen Herausforderungen der EU wie beispielsweise die Bekämpfung der  
47 Jugendarbeitslosigkeit und der Brexit, durch den die EU einen Nettozahler verlieren  
wird,  
48 erhöhen den Druck auf den EU-Haushalt und somit auch den Druck zu  
Ausgabenkürzungen im  
49 Agrarhaushalt. Für uns ist aber klar: Die europäische Agrarwende braucht die  
Unterstützung  
50 der öffentlichen Hand - allerdings anders als bisher. Landwirt\*innen sollen vergütet

werden

- 51 - wenn sie gesellschaftliche Ziele umsetzen, die über den gesetzlichen Standard  
hinausgehen.  
52 In einer Politik unter dieser Prämisse kann die klassische Agrarförderung als  
53 unkonditionierte Leistung nicht erhalten bleiben. Um die GAP neu zu legitimieren, soll  
sie  
54 folgende Eckpunkte umfassen.

## 55 **Zehn Eckpunkte für die GAP nach 2020**

### 56 **1. Schutz der Artenvielfalt, Gewässer und Böden**

- 57 Monokulturen, Pestizide, ein zu hoher Nährstoffeinsatz, schwere Geräte auf den Äckern  
und  
58 Flächenverbrauch schädigen unsere Natur besorgniserregend. Die Zahl an  
ausgestorbenen und  
59 bedrohten Arten hat dramatische Ausmaße angenommen. Bisherige Bemühungen um  
Greening,  
60 Förderung von Blühstreifen, Fruchtfolgeauflagen oder integrierter Pflanzenschutz  
wurden  
61 regelmäßig soweit aufgeweicht, dass die Maßnahmen nicht den notwendigen Erfolg  
gezeigt  
62 haben. Eine Ökologisierung der Landwirtschaft soll grundlegende Zielsetzung der GAP  
sein,  
63 damit unsere Landschaft nicht weiter in Schutz- und Schmutzgebiete auseinander  
driftet.  
64 Landwirtschaftliche Flächen müssen gleichzeitig Lebensraum für Vögel, Insekten,  
wildlebende  
65 Kleintiere und Wildkräuter sein. Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der  
natürlichen  
66 Bodenfruchtbarkeit und Gewässerreinigung müssen honoriert werden. Es müssen  
deutliche  
67 Regeln für den Verzicht auf Pestizide, für weniger Nährstoffeinsatz, Fruchtfolgen und  
68 natürliche Flächen wie zum Beispiel Gewässerrand- oder Blühstreifen sowie Hecken  
gesetzt  
69 werden.

### 70 **2. Klimaschutz**

- 71 18 Prozent der durch den Menschen verursachten Treibhausgase werden in der  
Landwirtschaft  
72 erzeugt. Die industrielle Tierhaltung verursacht große Mengen klimaschädlicher Gase  
wie  
73 Lachgas und Methan. Zudem setzen großflächige Urwaldabholzung für Futtersoja und  
Palmöl, die  
74 Zerstörung von Moorböden und der Einsatz von synthetischem Stickstoffdünger in der  
75 Agrarwirtschaft große Mengen an Treibhausgasen frei. Politisch muss deshalb die  
76 gentechnikfreie Futtermittelerzeugung vor Ort, der Schutz von Wäldern, Mooren und  
77 klimaschützender Ackerbau ohne CO<sub>2</sub>-intensive Inputs unterstützt werden.  
Massentierhaltung

78 muss beendet werden. Die Tierhaltung muss flächengebunden an die naturräumlichen  
79 Voraussetzungen angepasst werden - dort, wo das Futter von weit her gekarrt werden  
muss,  
80 sollten weniger Tiere gehalten werden.

### 81 **3. Tierschutz**

82 Die rasante Veränderung landwirtschaftlicher Betriebe hat in den letzten Jahrzehnten  
zu  
83 großem Tierleid geführt. Es sind Haltungsformen und Zuchtlinien entstanden, die  
Qualzuchten  
84 darstellen, die Tiergesundheit negativ beeinflussen und ethisch nicht tolerierbar sind.  
85 Zudem wird die Erhaltung vielfältiger und regional angepasster Tierrassen, der Beitrag  
von  
86 Tieren zu Kulturlandschaften und die biodiversitätsfördernde und besonders  
tiergerechte  
87 Beweidung nicht ausreichend honoriert. Den Umbau zu einer gesellschaftlich  
akzeptierten  
88 Tierhaltung soll ein besonderes Augenmerk eingeräumt werden. Wir fordern deshalb,  
die GAP-  
89 Mittel verstärkt für den Umbau der Tierhaltung einzusetzen. Dabei sollen keine  
kosmetischen  
90 Korrekturen, sondern große Schritte für bessere Haltungsbedingungen gefördert  
werden,  
91 beispielsweise ganzjährige Weidehaltung, gemeinsame Haltung von Mutterkuh und  
Kalb oder ein  
92 Verzicht auf Tiertransporte. Für ein tiergerechtes Umbauprogramm müssen über die  
GAP hinaus  
93 auch Gelder von den Konsument\*innen generiert werden, etwa in Form einer Abgabe,  
Umlage oder  
94 Steuer auf Tierprodukte, um die Veränderung bei tierhaltenden Betrieben gerecht zu  
95 finanzieren.

### 96 **4. Ausbau ökologischer Landwirtschaft**

97 Wir wollen den ökologischen Landbau fördern. Denn die ökologische Landwirtschaft  
erfüllt  
98 durch ihr Kreislaufdenken und ihren Verzicht auf Pestizide und Kunstdünger den  
höchsten  
99 Standard im Hinblick auf den Schutz von Wasser, Boden, Luft und Klima.  
Biolebensmittel  
100 weisen zudem deutlich weniger Rückstände von Pestiziden und Antibiotika auf und  
sind daher  
101 gesünder. Dieser Goldstandard muss besonders gefördert werden, denn er ist Vision,  
Vordenker  
102 und Innovator für eine vielfältige und nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft.  
Durch  
103 gezielte Hilfen soll die Zahl von Biobetrieben maßgeblich gesteigert werden.

## 104 **5. Zukunft der Arbeit in der Landwirtschaft**

105 Ausdrücklich räumen wir der Arbeit in der Landwirtschaft einen besonderen  
106 Stellenwert ein.  
107 Denn die ökologische Verantwortung für die Natur, die ökonomische Verantwortung für  
108 den  
109 Lebensunterhalt und die regionale Verantwortung der Vertriebswege stellen hohe  
110 Anforderungen. Kleinere Betriebe wirtschaften zwar nicht automatisch ökologischer,  
111 erfüllen  
112 aber wichtige Funktionen für ländliche Räume. Wir wollen die Vielfalt der Betriebe  
113 erhalten  
114 und die Betriebe unterstützen, die durch eine ökologische Anbauweise und durch  
115 tiergerechte,  
116 kreislaufbasierte Tierhaltung die Umwelt schützen, anstatt sie zu belasten. Der  
117 bäuerliche  
118 Beruf soll wieder eine Zukunftsperspektive auch für den Nachwuchs werden.  
119 Aufwendige, bürokratische Anträge und eine ungebundene Flächenprämie helfen  
120 großen,  
121 intensiven Betrieben. Daher ist es besonders wichtig, die bürokratischen  
122 Anforderungen der  
123 Gelder der 2. Säule zu senken, um Naturschutzmaßnahmen beispielsweise auch in  
124 Mittel- und  
125 Osteuropa leichter umsetzbar zu machen. Naturschutz wird auch dann eher  
126 umgesetzt, wenn die  
127 Pacht für die Flächen niedrig ist. Dem widerspricht aber die Logik der 1. Säule, die die  
128 Pachten derzeit in die Höhe treibt. Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft muss die  
129 Gemeinsame Marktordnung eine zentralere Position im Rahmen der GAP einnehmen  
130 und wirksame  
131 Kriseninstrumente zum Beispiel zur Mengenregulierung bei Milchmarktkrisen  
132 beinhalten. Diese  
133 sozial- und agrarpolitische Maßnahmen betreffen die gesamte Wertschöpfungskette, in  
134 der  
135 Bäuer\*innen gegenüber dem vorgelagerten Bereich, der Lebensmittelverarbeitung und  
136 dem Handel  
137 sowie der Aufbau lokaler Märkte gestärkt werden müssen.

## 124 **6. Wissenschaft, Beratung, Bildung und Information**

125 Für die Entwicklung hin zu einer ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft  
126 müssen  
127 Wissenschaft und Forschung viel mehr auf den Schutz von Boden, Wasser,  
128 wildlebenden Pflanzen  
129 und Tieren sowie dem Klima abzielen. Dazu muss die Forschungsförderung auf diese  
130 Fragestellungen ausgerichtet und der Wissenstransfer in die Praxis gewährleistet  
131 werden.  
132 Eine fortschrittliche nachhaltige Landwirtschaft kann nur durch umfassende Beratung  
133 entlang  
134 der gesamten Wertschöpfungskette erreicht werden. In Ausbildung und Studium muss  
135 der  
136 ökologischen Landwirtschaft sowie agroökologischen Wirtschaftsweisen einen

wesentlich

132 höheren Stellenwert eingeräumt werden. Das Wissen über landwirtschaftliche  
133 Produktionsprozesse und über gesunde Ernährung nimmt ab und damit auch die  
Wertschätzung von  
134 landwirtschaftlicher Arbeit und Erzeugnissen. Eine umfassende Ernährungsbildung in  
Kitas und  
135 Schulen kann die Menschen bei der Entscheidung für das richtige Lebensmittel  
unterstützen.

## 136 **7. Regionale Wirtschaft in ländlichen Regionen**

137 Viele ländliche Regionen Europas stehen durch den Strukturwandel in der  
Landwirtschaft vor  
138 großen Herausforderungen. Qualifizierte Arbeitsplätze gehen zunehmend verloren,  
junge  
139 Menschen zieht es in die Städte und ganze Landstriche drohen zu veröden. Andere  
ländliche  
140 Regionen Europas wie beispielsweise Teile Rumäniens und Bulgariens besitzen noch  
viel  
141 Entwicklungspotential in der Landwirtschaft. Um ländlichen Regionen hier Perspektiven  
zu  
142 eröffnen, müssen die Gelder der GAP auch dazu beitragen, regionale  
Wirtschaftspotentiale zu  
143 entwickeln. So kann etwa die Gründung von Regionalmarken Verbraucher\*innen für  
den  
144 heimischen Markt gewinnen. Wichtig dafür sind jedoch hohe Standards, damit  
Verbraucher\*innen  
145 bei Regionalität auf gute Qualität und ökologische Erzeugung schließen können. Ein  
146 Schwerpunkt soll dabei auf dem Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten,  
regionaler  
147 (Direkt-)Vermarktung und handwerklicher Lebensmittelverarbeitung liegen. Wie die  
aktuellen  
148 positiven Entwicklungen in der Biobranche und bei den Direktvermarktern zeigen, hat  
Grüne  
149 Politik hier schon Gewinner erzeugt. Neue Modelle der Stadt-Land-Kooperationen wie  
die  
150 solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte können jungen Menschen auf dem  
Land eine  
151 Zukunft eröffnen und Menschen in der Stadt regionale Lebensmittel liefern. Wir wollen  
den  
152 ländlichen Raum bei der Wertschöpfung der Lebensmittelbranche maßgeblich  
beteiligen und  
153 ländliche Räume mit ihren spezifischen Traditionen und Kulturlandschaften  
unterstützen.

## 154 **8. Transparente Kennzeichnung**

155 Wir wollen eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln, um die Agrarwende zu  
beschleunigen.  
156 Noch klarer ist die Kennzeichnung beim Hühnerei: eine einfache Zahl gibt Auskunft  
über

157 Haltungsbedingungen der Legehennen und bietet Verbraucher\*innen somit eine echte  
158 Entscheidungsmöglichkeit beim Einkauf. Das Bio-Siegel bietet eine eindeutige  
Orientierung an  
159 der Ladentheke, die die ökologische Landwirtschaft unterstützt. Wir fordern nach  
diesem  
160 Vorbild eine transparente und eindeutige Kennzeichnung für alle Lebensmittel, die  
161 Verbraucher\*innen Klarheit über Herkunft und Herstellungsweise der Produkte bringt.  
In ganz  
162 besonderem Maße gilt dies für den Bereich der verarbeiteten Produkte: Hier müssen  
klare  
163 Herkunftskennzeichnungen und eindeutige Angaben zur Art der Erzeugung her, damit  
164 Verbraucher\*innen eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Damit schaffen  
wir mehr  
165 Transparenz, mehr Konsumentensouveränität und auch mehr Lebensmittelsicherheit.  
Dabei sollen  
166 kleinere Betriebe nicht mehr belastet werden als hochtechnisierte Großbetriebe. Wir  
wollen  
167 eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung schaffen und setzen uns ein für eine  
klarere  
168 Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Lebensmitteln. Zur Agrarwende  
gehört für uns  
169 auch, die Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Warenkette durch  
verbindliche Ziele  
170 ebenso wie die Verpackungsflut zu begrenzen.

## 171 **9. Agenda 2030 und SDG 2 konsequent umsetzen**

172 Das Menschenrecht auf Nahrung muss global gesichert werden. Die globale  
Agrarwende und der  
173 Kampf gegen Hunger und Mangelernährung weltweit müssen zusammen gedacht  
werden. Denn die  
174 intensive europäische Landwirtschaft hat enorme Auswirkungen auf die  
Ernährungssicherung und  
175 die Ernährungssouveränität in den Ländern des globalen Südens. Entsprechend darf  
auch die  
176 GAP dem Grundsatz-Artikel 208 im Vertrag von Lissabon nicht widersprechen. Was  
durch  
177 Entwicklungsprogramme in anderen Ländern aufgebaut wird, darf nicht durch die  
negativen  
178 Folgen anderer Politikbereiche wieder zurück geworfen werden. Egal ob Saatgut,  
Düngemittel  
179 oder Pestizide - immer weniger Konzerne bestimmen in immer größerem Maße den  
Agrarsektor.  
180 Das schadet sowohl bäuerlichen Betrieben hier in Europa als auch Kleinbäuer\*innen  
weltweit.  
181 EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen dürfen nicht die Märkte Afrikas, Asiens und  
Latein-  
182 Amerikas überfluten und so die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen  
zerstören. Unsere  
183 im Überschuss hergestellten billigen Lebensmittel zwingen bei uns und in anderen  
Ländern

184 Bäuer\*innen zur Betriebsaufgabe oder nehmen ihnen zumindest  
Entwicklungschancen. Unser  
185 Überschuss wird zudem auf Kosten der Ressourcen und der Fläche in den Ländern des  
globalen  
186 Südens produziert, die den Menschen dort für den Anbau ihrer Lebensmittel fehlen.  
187 Für die nächste GAP-Reform erwarten wir von der EU-Kommission mehr als  
Lippenbekenntnisse  
188 zur Kohärenz mit entwicklungspolitischen Zielen. Die EU muss zum Ziel haben,  
189 Kleinbäuer\*innen in den Ländern des Globalen Südens dabei zu unterstützen, mit  
190 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen  
und so  
191 zur Ernährungssicherung beizutragen. Gleichzeitig müssen die Länder auch stärker  
beim Aufbau  
192 von Wertschöpfungsketten für die wachsenden städtischen Märkte unterstützt werden,  
um zur  
193 Entwicklung der Länder beizutragen. Mittels eines Beschwerdemechanismus muss  
sichergestellt  
194 werden, dass Fällen unerwünschter Auswirkungen der GAP auch nachgegangen wird,  
auch wenn  
195 bestehende handelsrechtliche Kategorien wie Dumping nicht erfasst werden. In der  
Verordnung  
196 zur GAP sollte auch ein systematisches Monitoring der externen Auswirkungen  
eingeführt  
197 werden. Diese Verantwortung darf die Kommission nicht auf Dritte wie  
Forschungsinstitute  
198 oder NGOs abwälzen.

## 199 **10. Fairer Agrarwelthandel**

200 Wir fordern Handelsabkommen, die hohe Standards schützen, Möglichkeiten der  
201 Weiterentwicklung bieten und Anreize dafür schaffen. Regionale, nachhaltige  
Landwirtschaft  
202 darf durch Agrarhandel nicht gefährdet werden - weder in der EU noch anderswo. Die  
203 transatlantischen Abkommen gefährden bäuerliche Betriebe und bedrohen Umwelt-  
und  
204 Verbraucherstandards. Der Abschluss von CETA ermöglicht, dass TTIP quasi durch die  
Hintertür  
205 angewendet wird. Die Interessen großer Konzerne wie große Molkereien und  
Foodmultis stehen  
206 dabei über den Interessen des Gemeinwohls. Die Möglichkeit des Importes  
gentechnisch  
207 veränderter Pflanzen oder geklonter Tiere nach Europa muss unterbunden werden. Die  
Art der  
208 Herstellung, Verarbeitung und Kennzeichnung von Lebensmitteln muss demokratisch  
und nicht  
209 vor Schiedsgerichten entschieden werden. Global und regional müssen wir faire und  
210 nachhaltige Spielregeln im Agrarhandel schaffen. Dazu gehört auch, die Länder des  
Globalen  
211 Südens nicht durch Handelsabkommen zur Öffnung ihrer Agrarmärkte zu zwingen und  
sie beim  
212 Aufbau von Wertschöpfung und Erfüllung von Produktstandards zu unterstützen.

213 **Für eine Neuausrichtung der GAP nach 2020**

214 Für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz, die Qualität der Böden, des Wassers und  
der Luft  
215 sowie den Schutz der Arten und Tiere unseres Planeten brauchen wir eine  
Neuausrichtung der  
216 Europäischen Agrarpolitik. Auch weil der Druck auf den EU-Haushalt steigt, muss sich  
die GAP  
217 neu legitimieren. Dabei steht für uns aber fest, dass die europäische Agrarwende  
öffentliche  
218 Mittel braucht. Denn nur so erreichen wir den Umbau hin zu einer ökologischen und  
219 tiergerechten europäischen Landwirtschaft, die den Bäuer\*innen in Europa und in sich  
220 entwickelnden Ländern faire Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglicht und  
gesundes und  
221 bezahlbares Essen produziert.

222 Wir fordern eine transparente, ziel- und leistungsorientierte Förderpolitik, die  
223 gesellschaftliche Ziele, die mit Instrumenten des Fachrechts, der Marktordnung und  
einer  
224 fairen Handelspolitik abgestimmt ist und das Nachhaltigkeitsziel 2 der Agenda 2030  
umsetzt.  
225 Durch ein systematisches Monitoring sollen die externen Effekte der GAP überprüft  
werden.  
226 Alle staatlichen Unterstützungsmaßnahmen müssen offengelegt und für alle sichtbar  
sein. Der  
227 Übergang zu einer neuen Förderlandschaft erfordert Zeit und Planungssicherheit, um  
228 Landwirt\*innen eine Umstellung zu ermöglichen. Solch eine Neuausrichtung der GAP  
muss die  
229 gesamte Wertschöpfungskette von den landwirtschaftlichen Vorstufen über die  
Produktion, den  
230 Handel und die Verarbeitung bis hin zu den Verbraucher\*innen in den Blick nehmen.  
So erhöht  
231 sich die Akzeptanz der GAP und verbessern sich die Perspektiven der ländlichen  
Räume.